

Kemfert, Claudia; Schäfer, Dorothea

Article

Es ist Zeit für eine Finanztransaktionssteuer auf Energiekontrakte

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Kemfert, Claudia; Schäfer, Dorothea (2022) : Es ist Zeit für eine Finanztransaktionssteuer auf Energiekontrakte, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 89, Iss. 12, pp. 200-, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2022-12-3

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252292>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

CLAUDIA KEMFERT UND DOROTHEA SCHÄFER

Es ist Zeit für eine Finanztransaktionssteuer auf Energiekontrakte



Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin.



Dorothea Schäfer ist Forschungsdirektorin für Finanzmärkte im DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung der Autorinnen wieder.

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine kennen die Energiepreise nur noch eine Richtung: nach oben. Dabei ist das Angebot von Erdöl und Gas seit Kriegsbeginn nicht gesunken. Russland liefert sogar etwas mehr Gas als zuvor. Zudem war der Winter vergleichsweise mild. Trotzdem spielen die Preise verrückt. Der Verdacht liegt nahe: SpekulantInnen befeuern die Preise ordentlich.

Bereits im Oktober 2021 hat die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vor dem Europäischen Parlament die hohe Spekulation beklagt. Sie bekundete gleichzeitig den Willen der EU-Kommission, diese durch eine verstärkte Überwachung der Gas- und Energiemärkte beenden zu wollen. Das Ausmaß der Spekulation zeigte auch der Preissturz des Gas-Terminkontraktes Dutch TTF für die Februarlieferung 2022 über die Jahreswende. Dieser für den europäischen Gaspreis entscheidende Terminkontrakt verlor zwischen dem 22. Dezember 2021 und dem 3. Januar 2022 mehr als 50 Prozent seines Wertes und sank von 176 Euro auf 80 Euro. Plötzlich bessere Aussichten auf die Anlieferung von Flüssiggas in die EU und die auf milderes Wetter hoffen lassende Wetterprognose genügten für den Absturz.

Der Krieg in der Ukraine hat die Preissprünge an den Energiemärkten nun noch einmal drastisch verschärft. Doch wenn reale Knappheitsschocks nicht auszumachen sind, dann treiben offenbar SpekulantInnen die Preise hoch. Es ist dringender denn je, der Spekulation ein wirksames Mittel entgegenzusetzen. Die Finanztransaktionssteuer wäre ein solches wirksames Mittel. Neben den Einnahmen aus der Besteuerung der Kontrakte verspricht sie auch eine positive Lenkungswirkung. Eine Finanztransaktionssteuer auf den Handel mit Energiederivaten mindert den Gewinn auf jeder Handelsstufe. Der Anreiz, Terminkontrakte wie den Dutch TTF schnell und zu immer höheren Preisen zu kaufen und zu verkaufen, wird eingedämmt und der Preisauftrieb gedämpft. Der Hochfrequenzhandel hat längst die Energiemärkte erobert. Er rentiert sich nur, weil exzessiv hohe Handelsvolumina in unendlicher Geschwindigkeit bewegt werden können. Ein Mehrwert entsteht dabei nicht. Der „normale“ Hochfrequenzhandel mit Wertpapieren und Derivaten

steht im Verdacht, unerklärliche Börsenabstürze, sogenannte Flash-Crashes, zu verursachen. Den hochfrequenten maschinellen Handel mit Energiederivaten würde eine Finanztransaktionssteuer ziemlich sicher ausbremsen, weil die Handelsgewinne pro Transaktion sehr klein sind. Sie könnten auf null gesenkt und der maschinelle Handel so verhindert werden.

Hohe Ausgaben für Heizen und Mobilität treffen diejenigen am stärksten, die niedrige Einkommen haben. Wirksam gegen die Finanzspekulation auf den Energiemärkten vorzugehen ist folglich auch wichtig, um den sozialen Frieden im Land zu wahren. Die Profiteure der Finanzspekulation auf den Energiemärkten sind die HändlerInnen und AktionärInnen der Handels- und beteiligten Finanzunternehmen. Die Finanztransaktionssteuer könnte deren Gewinne zumindest teilweise abschöpfen. Je mehr die Akteure handeln und zum Preisauftrieb auf den Energiemärkten beitragen, desto stärker werden sie zur Kasse gebeten. Umgekehrt werden auf längere Sicht angelegte einmalige Absicherungsgeschäfte von einer Finanztransaktionssteuer mit einem kleinen Steuersatz kaum getroffen. Die Einnahmen aus der Besteuerung des spekulativen Handels im Energiebereich würden den Spielraum des Staates erweitern. Beispielsweise könnten der ÖPNV und die Bahn verbilligt und die energetische Sanierung vorangetrieben werden. Um möglichst schnell wegzukommen von den fossilen Energien, muss das Energiesparen und der Ausbau erneuerbarer Energien staatlich besonders gefördert werden.

Die EU-Kommission hat im September 2011 unter dem Eindruck der Weltfinanzkrise eine EU-weite Finanztransaktionssteuer vorgeschlagen. Jahrelang ging es kaum voran. Die Turbulenzen auf den Energiemärkten sind nun ein Weckruf. Der damalige EU-Vorschlag sah im Derivatehandel für jeden Vertragspartner einen Steuersatz von 0,01 Prozent des Nominalwertes vor. Dieser Satz könnte auch im Handel mit Energiederivaten gelten.

Dieser Kommentar ist in einer längeren Version am 20. März 2022 im Tagesspiegel erschienen.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

89. Jahrgang 23. März 2022

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander
Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Karsten
Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Sabine Fiedler

Lektorat

Dr. Johannes Geyer

Redaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Sandra Tubik;
Kristina van Deuverden

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter